

Volk-Zeitung

Was wir kaufen und verkaufen.

Unser Milliardenbericht. — Die volkswirtschaftliche Agrarpolitik.

Wieder bezeichnet Deutschlands Außenhandel, Einfuhr wie Ausfuhr, einen starken Zuwachs. Im Spezialhandel (ohne Edelmetalle) wurden

Table with 2 columns: Year (1906-1912) and Value in Billions of Marks. Shows a general upward trend in trade volume.

Das Frühjahr 1907 und seine Nachwirkungen bis teilweise 1909 haben eine Unterbrechung gebracht. Jetzt aber sind wir wieder in vollen Aufstiege.

Seit 1906 ist die Bevölkerung Deutschlands wieder um 5 150 000 Köpfe gestiegen, und für diese haben viele ausländische Waren mehr bezogen werden müssen, nicht nur Industriearbeitsstoffe, sondern auch Lebensmittel. Die deutsche Landwirtschaft muß intensiv und durch Überanregung von Acker und Gärten — auch ein wenig Viehwirtschaft — bis jetzt nicht genug zu begründen. Die Kultur des bisherigen Landes wird hoffentlich nimmend in künftigen Tempo gefördert. Allein gegen den wachsenden Bedarf verfährt das nicht. Trotz der hohen Zölle müssen wir stets größere Warenmengen aus dem Ausland beschaffen, außer dem auch solche Waren, die wir gar nicht erzeugen können, wie Kaffee, Tee, Kakao, Reis, ferner Futtermittel für unsere wachsenden Viehstand, das wir nicht in hinreichendem Maße ziehen können, Baumwolle, Jute, Seide, Wolle, von der unsere eigene Produktion im Vergleich zum Bedarf verschwindend gering ist, Erze und namentlich Eisen aller Art, die unsere Industrie in voreverlichem Zustande dem Ausland zu verdanken hat. Alles das müssen wir im Ausland kaufen und dafür bezahlen.

Die Ausfuhr hat beinahe die neunte Milliarde überschritten. Von den 8,9 Milliarden der Ausfuhr von 1912 sind mindestens 6 bis 6 1/2 Milliarden Nationalreineinkommen, und von ihnen dürfen nur

5 Milliarden Mark Arbeitslohn und sonstiges Arbeitseinkommen sein, also auch Entlohnung für Kapitalarbeit, jedoch ohne den Unternehmergewinn zu umfassen.

Wie viele Arbeiter nebst Familien aus diesen 5 Milliarden ernährt werden müssen, kann verschiedener Berechnung unterworfen sein, je nachdem man das Durchschnittseinkommen annimmt. Selbst wenn man den für die Wirtschaft zu hohen, aber für die Kaufs- und Bogenberechnung bequemen Satz von 1000 Mark annimmt, kommen 5 Millionen Arbeiter heraus. Und wenn auf jeden Arbeiter nur drei Angedehnte gerechnet werden, ergibt das eine Bevölkerung von 20 Millionen — also annähernd

ein Drittel unserer Gesamtbevölkerung.

Angedacht dieser im einzelnen nachsichtbaren, im großen und ganzen aber unumstößlichen Tatsache muß man es als einen schweren Fehler unserer Politik bezeichnen, daß sie in so hohem Maße von der Subventionierung des kleinen Ackerbauers großer landwirtschaftlicher Grundbesitzer abhängig gemacht wird. Ihre wunderbare Frucht sind die Reue und die Not der arbeitenden Bevölkerung. Die Subventionen haben im Jahre 1911 allein 287 Millionen Mark ergeben. Da aber das inländische Erzeugnis ein Mehrfaches des ausländischen ausmacht, so beträgt auch die Gesamtunterstützung ein Mehrfaches, allein an Getreide rund eine Milliarde. Und davon wußte sich ein großer Teil auf die Lohnarbeiterklassen, denn die Höhe, daß das Ausland den Zoll freigeht, wagt unter gebildeten Menschen selbst der gewissenhafteste Agrarier nicht mehr vorzubringen. Die Lohnarbeiter müssen ihren Anteil aus ihrem Einkommen bestreiten, es sei denn, daß sie ihn durch Subventionen ausgleichen. In diesem Falle entfällt davon ein sehr großer Teil auf die Ausfuhrindustrie, deren Erzeugnisse sich dadurch verteuern. Dadurch wird der Absatz im Ausland erschwert — ein Absatz, der im letzten Jahre 8,9 Milliarden erreicht hat. England hat ferner um ein Drittel kleineren Bevölkerung hatte 1911 noch 1158 Millionen Mark mehr Ausfuhr als Deutschland; 1912 wird dieses Verhältnis kaum anders geworden sein. Wegen der

Zollfreiheit ihrer Lebensmittel kann die englische Industrie im Auslande vieles billiger anbieten. Unentbehrliche Verordnungen und Druckmittel sind auf sie verwandt, um sie für Schutzzölle zu gewinnen. Aber sie und ihre Arbeiter kennen den Wert der unentbehrlichen Lebensmittel, so daß sie stets rundweg alles ablehnen. Noch tiefer hat die unantastbare Partei die zum Nutzen der Kolonien geplanten Lebensmittel aus ihrem Programm gestrichelt, da sie sich andernfalls der Niederlage sicher fühlte. Dabei sollten in England die Zölle auf Weizengetreide nur 5 Mark für die Tonne betragen, während Deutschland solche von 50 bis 55 Mark erhebt! Diejenige Kolonie, die die deutsche Industrie mit sich schleppen möchte, macht sich die deutsche Viehwirtschaft vielfach zum Mitschuldigen der volks- und industriefeindlichen Agrarpolitik!

Der Streik der Amerikaner Wachdrucker beendet. Ein Telegramm aus New York meldet uns: In einer gestern abgeschlossenen Versammlung beschloßen die ausländischen Wachdrucker, am 5. Februar die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie

Kurze Chronik.

Prinzregent Ludwig von Bayern und Gemahlin werden sich am 6. März zu einem zehntägigen Besuch des Kaisers nach Berlin begeben. Es werden von dem Ministerpräsidenten Dr. Freyhafer u. Hertling begleitet sein.

Der frühere Unterstaatssekretär Theodor H. von dem Nationalliberalen für die Kandidatur im Reichstags-Wahlkreis-München als Kandidat aufgestellt worden.

Für die österreichische Kriegsmarine ist ein Schiffsbau von 40 000 Tonnen Displacement bei Blohm & Voß in Hamburg in Auftrag gegeben worden. Fünf Unterseeboote wurden der Germania-Werft (Friedrich Krupp Hül- u. Nibel) in Kiel in Auftrag gegeben.

Kardinal Habsburgischer Regal ist heute nacht in Wien gestorben.

Der Adjutant des Präsidenten Habsburgs, Oberst Galle, hat bei einem Sturz mit dem Pferde einen Schädelbruch erlitten, hat, in seinen Verletzungen erliegen.

Der kommandierende General des russischen 3. Armeekorps, General der Roboterie v. Rennenkampf ist zum Generalmajor und Kommandanten des Militärbezirks Wilna ernannt worden.

Das amerikanische Tariffkomitee beschließt, die Aufhebung der Einfuhrzölle auf amerikanische zu empfehlen und die Tarifrevisionskommission dem Kongreß am 15. März zu unterbreiten.

nahmen die Bedingungen der Arbeiter gegen, an die der geforderten Erhöhung der Löhne teilweise zustimmen.

Krisis in der Kurfürsteneroper.

Das Opernhaus in der Kurfürstenerstraße, dessen Direktor Maximilian Moritz nach kurzer Tätigkeit infolgt wurde, ist neuerdings in schwerer finanzieller Situation. Direktor Viktor Palki, der die Kurfürsteneroper zu Beginn der letzten Saison übernahm, hat sich jetzt, wie wir erfahren, außerstande erklärt, die Bühne mit den vorhandenen Mitteln weiterzuführen. Palki hat bereits gestern die Konzession niedergelegt.

Das Theater steht also ohne Leitung da. Die Palki gestern seinen verjammerten Mitgliefern auseinandergesetzt, habe er auf Anraten des Oberregierungsrats v. Glöckner, des Chefs der Theaterbehörde, die Konzession zurückgelegt. Jedoch hätte Herr v. Glöckner, an die Zurücklegung der Konzession die Bedingung gemacht, daß Palki der künstlerischste Leiter des Theaters bleibe. Demnach würden die Mitglieder aber bei dem Polizeibräutigam hinterlegten Kautions betrieblidig werden. Um die Fortführung der Kurfürsteneroper zu ermöglichen, wird eine Betriebsgesellschaft m. b. H. gegründet werden, die Herrn Palki gegen festes Honorar als künstlerischen Leiter verpflichtet. Der Verwaltung, die diesen Vorschlag aufnimmt, wohnt auch der Vizepräsident der Bühnengewerkschaft, Herr Riedel bei.

Von anderer Seite erfahren wir, daß sich der Durchführung dieser Vorschläge verschiedene Hindernisse in den Weg stellen. Einige Gläubiger wollen sich der Gründung einer Betriebsgesellschaft widersetzen, da man vorläufig noch nicht weiß, aus welchen neuen Mitteln die 400 000 Mark Schulden beglichen werden sollen.

Es ist also nicht ausgeschlossen, daß die Kurfürsteneroper noch heute geschlossen wird.

Und die Deckung?

Der Reichsfinanzdirektor ist noch nicht unterrichtet.

Die neue Militärvorlage wird hohe Anforderungen an die deutschen Steuerzahler stellen. Darüber können sich aber diejenigen, die als die geistigen Urheber dieser Vorlage zu betrachten sind, einig sein wenig Sorge zu machen. Begehrten dafür ist es jedenfalls, daß für die Vorlage zu beschaffen, lieber über deren Einzelheiten nicht unterrichtet wurde. Auch dieses Überlegenwerden verstimmt Herrn Rahn, und er hat seinen Unmut darüber in der letzten Zeit Ausbruch gegeben. Ist er weit zum Gehen?

Kein Geld für die Veteranen!

Im Reichstage und in der Presse ist vielfach der Wunsch hervorgetreten, für eine weitere Erhöhung der Beihilfen für Veteranen Sorge zu tragen, so daß diese von 120 Mark monatlich auf 150 Mark heraufgehoben werden können. Seitens der Reichsregierung herangebracht werden. Einmal ist die Erhöhung des Veteranenlohns auf zwei Millionen vorgeschlagen, so daß im ganzen 31 Millionen für Beihilfen an die Kriegsteilnehmer zur Verfügung stehen würden. Um die gewünschte Erhöhung durchzuführen zu können, war seitens der Reichsregierung vorgeschlagen worden, aus den dem Reich zustehenden Einnahmen einen Zuschuß von acht Millionen für die Aufstellung der Veteranenbeihilge zu verwenden. Die für die Aufstellung der Beihilgen des Gesetzes wie jede andere Ausgabe in den Etat dauernd eingestellt und aus den bereitstehenden Mitteln bestritten werden. Nach dem Gang der Verhandlungen über das Beihilgengesetz ist aber mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten, daß der Reichstag der vorgeschlagenen Regelung nicht zustimmen wird.

Da andererseits dauernde Ausgaben ohne entsprechende Deckung nicht gemacht werden, so steht eine Erhöhung des Veteranenlohns leider nicht in Aussicht.

Wenn man dann die Absicht hatte, bei der Regelung der Beihilgen der Frage näher zu treten, so erscheint dies nach

dem Stande der Dinge jedenfalls nicht möglich, da wiederum neue finanzielle Forderungen (mindestens hundert Millionen Mark!) an das Reich heranzutreten werden. Eine Durchführung der angebotenen Mehrvorlage verlangt entsprechende Deckung, die zunächst beschafft werden muß. Gemäß diesen dringenden Erfordernissen stellt man die Deckungsfrage für die Veteranenbeihilge zurück. Dafür werden sich aber die Kriegsveterane für die neue Militärvorlage mächtig begeistern.

Das Bombardement von Adrianopel.

Eine furchtbare Kanonade. (Telegraphische Berichte.)

Sofia, 4. Februar. (Privat.)

Von unverständiger Seite wird gemeinlich, daß die Beschießung Adrianopels gestern abend um 8 Uhr 7 Minuten begonnen hat. Bis 11 Uhr abends war eine sehr heftige Beschießung im Gange; von 11 Uhr abends bis 4 Uhr früh wurde dann das Bombardement nur gegen gewisse Punkte konzentriert. Heute um 4 Uhr früh haben die Bulgaren mit außerordentlicher Heftigkeit die allgemeine Beschießung der Festung begonnen. Das Bombardement dauert noch an. Von der Thakaldschalinie sind noch keine Nachrichten eingelaufen.

London, 4. Februar. (Privat.)

Aus Sofia meldet der Berichtshalter der Daily Mail von Sonntag nach, er habe aus Thakaldschalinie eine Depesche erhalten, die ihm mitteilt, daß man aus der Richtung von Adrianopel eine furchtbare Kanonade höre. Die ersten Beschießungen wurden um acht Uhr sieben Minuten abends, etwas mehr als eine Stunde nach Beendigung des Russenstillstandes, in die Stadt geleitet. Die fremden Konsuln in Adrianopel haben eine drabtelose Depesche an die Botschafter in Konstantinopel geschickt. Darin verlangen sie, daß ein besonderes Aufkommen mit den bulgarischen militärischen Behörden getroffen werden soll, damit die Fremden in Adrianopel entweder ein besonderes Quartier angewiesen bekommen, das von den Stufen vertheidigt werden soll, oder freies Geleit erhalten, um die Stadt zu verlassen. Es sind ungefähr 120 Fremde in Adrianopel.

Konstantinopel, 3. Februar.

Die Militärbehörden betreiben eifrig die Requisition von Pferden und Wagen für Militärransporte. In den Mofaken werden öffentliche Posten und Postwagen zugunsten des Krieges abgehalten. — Der Großvezir hatte eine lange Unterredung mit dem französischen Botschafter.

Ein bulgarisches Geschenk an Serbien.

Belgrad, 3. Februar.

„Zagorin“ Glasnik“ erklärt, daß zwischen Serbien und Bulgarien ein neues Geheimverhältnis geschlossen worden sei, wodurch Serbien für die großen von der serbischen Krone im bulgarischen Interesse in Thracien und der Adrianopel gebrauchten Opfer territoriale Kompensationen in Mazedonien an Serbien erteilt habe.

Rechtfertigung der bulgarischen Regierung.

Sofia, 3. Februar.

Der „Mir“ weist die Vorwürfe zurück, daß die Bulgaren mit übertriebener Hast handelten. Diese Vorwürfe, so schreibt das Blatt, sind nicht verdient. Denn die Langsamkeit in den Verhandlungen, die dem Lande ungenügende Opfer, die selbst die des Krieges abertreten, auferlegte, dürfte nicht in unendliche Fortgesetzt werden. Es genügt, daran zu erinnern, daß Bulgarien wegen der Geldnotlage der Türkei mehr als eine halbe Million Mann auf dem Kriegsschauplatz erhalt, um die Notwendigkeit der Regierung getroffenen Entscheidung zu verstehen. Nachdem die Türkei der Resolutionen der Mächte nicht nachgegeben hat, konnte niemand von den Mächten verlangen, daß diese zu Zwangsmaßnahmen gegenüber der Pforte ihre Zustimmung gäben.

Saloniki, 3. Februar.

Die erste und siebente griechische Division ist durch Einstellung neuer aus Athen eingetroffener Truppen beinahe wieder auf ihre ursprüngliche Stärke von 20 000 Mann gebracht worden. Der englische Kreuzer „Dartmouth“ ist wieder in See gegangen.

Das friedliche Grenzrecht.

Paris, 4. Februar.

Bei einem Bankett der Vereinigung zur Verbreitung der französischen Sprache im Auslande, Alliance française, dem auch der neue Präsident der Republik, Poincaré, beizuwohnte, hielt der Minister des Auswärtigen, Jonnart, eine Rede, in der er unter anderem sagte: Sie werden gewiß der Ansicht sein, daß ich bei der Durchsicht der von mir übernommenen schwierigen Aufgabe nichts Besseres tun kann, als dem Beispiel meines sehr verehrten Vorgängers folgen, indem ich an der Erhaltung des allgemeinen Friedens, dem Schutz der Interessen und Rechte Frankreichs und an der Verbreitung unseres Einflusses und unserer Ideen mitarbeite.

Die gescheiterten Steuernovellen.

Die preussischen Steuernovellen dürften bereits jetzt als vollständig gescheitert zu betrachten sein. Nach den Arbeitsdispositionen des Abgeordnetenhauses ist nicht beabsichtigt, die Etatberatungen vorläufig zu unterbrechen. Soweit die Parteien an dieser Frage Stellung genommen haben, besteht keine Meinung. Die Steuernovellen sind in dieser Session zu verabschieden. Die Verhandlungen zwischen dem Finanzministerium und den Fraktionen über die endgültige Gestaltung der Steuernovellen sind auf einem toten